

Protokoll

11. Sitzung vom 15. April 2019

rsa

Seite 238

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 15. April 2019, 19.00 Uhr – 21.00 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	34 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Roger Kempf, Ratssekretär, Ruth Schäfer, Ratssekretär-Stv., sowie Peter Krapf, Ratsweibel
Entschuldigte	Volkan Dogu (berufliche Gründe)

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Abnahme des Protokolls vom 18. März 2019
3. Offene Ersatzwahl eines Delegierten der Sozialbehörde in den Zweckverband Soziales Netz Bezirk Horgen für den Rest der Amtsdauer 2018-2022
4. Weisung 1, vom 14. Mai 2018, Volksinitiative „Für unsere Kinder – Stopp dem Bildungsabbau“
5. Postulat der SVP/BFPW-Fraktion, vom 16. Januar 2018, überwiesen am 19. März 2018, betreffend Vermittlung von Grundwerten durch die Eltern; Beantwortung
6. Interpellation der EVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen, vom 24. September 2018, überwiesen am 5. November 2018, betreffend IT-Sicherheit in der Stadt Wädenswil; Beantwortung
7. Interpellation der CVP-Fraktion, vom 20. Juli 2018, überwiesen am 1. Oktober 2018, betreffend Unsichere Zukunft von Eisbahn und Seeplatz; Beantwortung
8. Interpellation von Pierre Rappazzo, GLP, vom 9. November 2018, überwiesen am 26. November 2018, betreffend Bewilligungspraxis Mobilfunkantenne Bin Rääbe; Beantwortung
- ~~9. Postulat von Lukas Wiederkehr, CVP, Michael Weiss, GLP, und Christian Gross, SP, vom 11. Dezember 2017, überwiesen am 19. März 2018, betreffend Urban Gardening in Wädenswil; Beantwortung~~

~~10. Postulat der SP-Fraktion, vom 16. Januar 2018, überwiesen am 19. März 2018, betreffend Verbesserung der Suchfunktion auf www.waedenswil.ch; Beantwortung~~

11. Einbürgerungen

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 5. April 2019 in der ZSZ amtlich publiziert.

Das Einbürgerungsgesuch der Familie Kammerlander wird auf die nächste Sitzung verschoben, da sie heute nicht anwesend sein kann.

Es gibt keine Einwände gegen die Traktandenliste.

1. Mitteilungen

Gemeinderatspräsident André Zürrer begrüsst zur heutigen Sitzung. Da Volkan Dogu, CVP, abwesend sei, werde Joël Utiger, CVP, als Stimmzähler amten. Er bedanke sich für die schöne Feier, die guten Sprüche und tollen Gaben. Es sei sein erstes Highlight dieses Jahres gewesen. Auf dem Tisch liege eine Einladung für die Mitglieder des Gemeinderats und Stadtrats zur Bildungsveranstaltung vom Mittwoch, 28. August 2019. Es gehe dabei um das Lieblingsthema „Solaranlagen“ von ihm und Ulrich Reiter. Der Gemeinderatsausflug finde am Freitag, 27. September 2019 statt. Er bitte, das Datum zu reservieren.

1.1 Verabschiedung von Ivo Peyer, BFPW, aus dem Gemeinderat

Gemeinderatspräsident André Zürrer informiert, dass Ivo Peyer Ende April 2019 aus dem Gemeinderat zurücktreten werde. Im Oktober 2007 sei er als Nachfolger von Ernst (Grübi) Brupbacher in den Gemeinderat gewählt worden. Von 2010 bis 2014 sei er Mitglied der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission sowie Mitglied der Bürgerrechtskommission gewesen und von 2014 bis 2018 Präsident der Bürgerrechtskommission. Von 2014 bis 2018 sei er Mitglied im Zweckverband für Abfallverwertung im Bezirk Horgen gewesen. Seit 2018 sei er Mitglied der Raumplanungskommission. Er bedanke sich im Namen der Stadt bei Ivo Peyer für seinen Einsatz in den letzten Jahren. Er wünsche ihm für die Zukunft alles Gute. Er wisse, dass Ivo Peyer nicht aus dem Stadtleben verschwinde, er werde sich weiterhin an verschiedenen Anlässen einsetzen. Er wünsche ihm für die Minipension alles Gute.

Ivo Peyer, BFPW, wünscht allen im Rat weiterhin viel Spass und gute Diskussionen. Sein Nachfolger werde ein Jungunternehmer aus Schönenberg sein. Er sei stolz, dass das geklappt habe. Er wünsche ihm viel Vergnügen und hoffe, dass er es auch so lange mache wie er selber, dann hätten sie vom BFPW keine Nachfolgeprobleme.

1.2 Eingänge

- Beantwortung des Postulats von Lukas Wiederkehr, CVP, Michael Weiss, GLP, und Christian Gross, SP, vom 11. Dezember 2017, überwiesen am 19. März 2018, betreffend Urban Gardening in Wädenswil; Beantwortung
- Schriftliche Anfrage der Fraktion der Grünen, vom 12. März 2019, betreffend „Energiebuchhaltung stadteneigene Gebäude“
- Beantwortung des Postulats der SP-Fraktion, vom 16. Januar 2018, überwiesen am 19. März 2018, betreffend Verbesserung der Suchfunktion auf www.waedenswil.ch
- Protokoll der GR-Sitzung vom 18 März 2019
- Weisung 11, vom 25. März 2019, Nachfolgelösung von „sip wädi“
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage der SP-Fraktion, vom 19. November 2019, betreffend bezahlbaren Wohnraum in Wädenswil
- Bericht und Antrag der Weisung 1, vom 14. Mai 2018, Volksinitiative „Für unsere Kinder – Stopp dem Bildungsabbau“

1.3 Überweisungen

Die Weisung 11, vom 25. März 2019, Nachfolgelösung von „sip wädi“, wurde zur Vorbereitung an die Sachkommission überwiesen.

2. Abnahme des Protokolls vom 18. März 2019

Das Protokoll der Sitzung vom 18. März 2019 wird genehmigt.

13.00

3. Offene Ersatzwahl eines Delegierten der Sozialbehörde in den Zweckverband Soziales Netz Bezirk Horgen für den Rest der Amtsdauer 2018-2022

Die IFK schlägt einstimmig als Vertreter der Sozialbehörde **Antoine Schuler, FDP**, vor.

Antoine Schuler, FDP, wird ohne Erweiterung und Auszählung als Delegierter in den Zweckverband Soziales Netz Bezirk Horgen (Ersatz für den zurückgetretenen Matthias Bütikofer, FDP) für den Rest der Amtsdauer 2018-2022 gewählt.

01.05.40

4. Weisung 1, vom 14. Mai 2018, Volksinitiative „Für unsere Kinder – Stopp dem Bildungsabbau“

Gemeinderatspräsident André Zürrer teilt mit, dass gemäss Artikel 25 Absatz 2 des Geschäftsreglements der Gemeinderat verpflichtet sei, auf die Initiative einzutreten. Deshalb kämen sie direkt zur Detailberatung.

Detailberatung:

Gemeinderatspräsident André Zürrer informiert, dass das Geschäftsreglement keine Bestimmung zum Rederecht Dritter beinhalte. Eine Regelung finde sich jedoch im Gesetz über die politischen Rechte (GPR). Gemäss § 138c Absatz 2 in Verbindung mit § 55 habe eine Vertretung des Initiativkomitees das Recht, bei der materiellen Behandlung im Gemeinderat die Initiative persönlich zu begründen und an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilzunehmen, falls ein entsprechendes Gesuch von mindestens einem Viertel der anwesenden Mitglieder des Gemeinderats unterstützt werde. Ein solches schriftliches Gesuch von Tobias Mani, Präsident des Initiativkomitees „Stopp Bildungsabbau“ liege vor.

Falls ein Viertel von ihnen dieses Gesuch unterstützen werde, werde Tobias Mani zu Beginn der Detailberatung die Initiative Begründen und sich auch später beratend zu Wort melden dürfen.

Abstimmung:

Der Rat stimmt grossmehrheitlich zu, dass Tobias Mani die Initiative begründen darf.

Tobias Mani, Vertreter des Initiativkomitees, teilt mit, dass er sich freue, heute Abend hier zu sein und dass sie ihm gestatten würden, als Vertreter des Initiativkomitees ein paar Worte sagen zu können. Er freue sich auch darum, weil es bereits ein paar Jahre her sei, als er selber im Rat mit dabei gewesen sei und mitgewirkt habe.

Der Grund warum er hier sei, sei traurig. Das Budget der Primarschule 2017 sei im Dezember 2016 massiv gekürzt worden. Gegenüber dem Budgetantrag des Stadtrats habe der Gemeinderat damals eine Kürzung von knapp CHF 400'000.- beschlossen. Die Schulsozialarbeit und die Begabtenförderung seien massiv abgebaut worden. Stark sei auch die Aufgabenhilfe und die Freifächer beschnitten worden. Die schmerzhaften Einschnitte würden an die Substanz der Primarschule gehen und dürften nicht einfach so hingenommen werden. Es könne nicht sein, dass auf Kosten der Kinder einfach so gespart werde. Wädenswil sei stolz auf den Ruf als Bildungsstadt. Daher seien sie auch für ein gutes Angebot im Bereich der Volksschule verpflichtet. Mit den Finanzen müsse auf jeden Fall haushälterisch umgegangen werden, aber die Qualität der Primarschule sei nicht einfach so zu opfern. Im Dezember 2017 hätten sie über 900 Unterschriften eingereicht, nicht nur als EVP, sondern auch als engagierte Eltern und weite Kreise darüber hinaus. Es seien nur 600 Unterschriften nötig gewesen und sie hätten nur die Hälfte der Zeit gebraucht. Ein halbes Jahr später habe der Stadtrat mitgeteilt, dass er die Volksinitiative ohne Gegenvorschlag ablehne, da der wiederkehrende Kredit, den sie fordern würden, wenig flexibel für die Zukunft sei. Die vorbereitende Kommission habe fast ein Jahr gebraucht, um in wenigen Sätzen - der grösste Teil sei einfach eine Wiederholung gewesen von dem, was der Stadtrat bereits gesagt habe - mitzuteilen, dass sie der gleichen Meinung wie der Stadtrat sei.

Er sei ehrlich mit ihnen. Auf eine Zustimmung durch den Gemeinderat zu hoffen, sei naiv. Der Gemeinderat würde, wenn er die Initiative unterstütze, Kompetenzen aus der Hand ge-

ben. Es sei logisch, dass der Gemeinderat weiterhin die Freiheit haben wolle, das Schulbudget so zu gestalten, wie er es wolle und eben auch einmal bei der Schule sparen wolle. Sie hätten demzufolge heute auch keine Ballone mitgenommen.

Es gehe ihnen aber um zu viel. Es gehe um die Kinder und darum, dass die Schulsozialarbeit nicht zum Spielball der Politik des Gemeinderats werde. Die Mehrheit des Gemeinderats habe versagt und sich zu einem massiven Sparen hinreissen lassen. Es sei klar, der grosse Teil des Schulbudgets sei gebunden, darauf hätten sie keinen Einfluss. Zum Glück sei es jedoch weniger schlimm als befürchtet gekommen, da einiges nicht so umgesetzt worden, wie es ursprünglich angedacht worden sei. Darüber seien sie sehr dankbar. Ihnen sei auch klar, dass die Initiative nicht in jeder Hinsicht perfekt sei. Aber solange von Seiten des Gemeinderats kein besserer Vorschlag komme, müssten sie sagen, lieber diese Volksinitiative als die jetzige Kompetenzaufteilung. So wie es heute sei, könne sich nämlich das, was im 2016 passiert sei, jederzeit wiederholen. Die Zeitung habe geschrieben, sie seien alleine auf weiter Flur. Das glaube er nicht, da immer hin fast 1'000 Leute die Initiative unterschrieben hätten. Wenn diese nochmals gewonnen werden und diese nochmals so viele Leute mobilisieren könnten, hätten sie durchaus intakte Chancen. Im 2016 sei es eine Hau-rückübung gewesen und sie fänden, sowas gehe einfach nicht. Auch die Schulpflege sei damals in dieser Sparaktion desavouiert worden. Sie würden sich freuen, dass die Volksinitiative sehr viel Gutes bewirkt habe. Daran wollen sie festhalten. Die Schulsozialarbeit sei inzwischen weitherum anerkannt und der Nutzen und Mehrwert werde gesehen. Es freue ihn sehr, dass der Gemeinderat und die Fraktionen sich in den letzten Jahren intensiv mit den Schulthemen auseinandergesetzt hätten und der Nutzen der Angebote vermehrt anerkannt werde. Es freue sie auch riesig, dass bei den letzten Budgetberatungen das Schulbudget nicht mehr angetastet worden sei und dass sie dazugelernt hätten.

Wie bereits erwähnt, sei ihre Volksinitiative nicht perfekt. Ihnen werde vorgeworfen, dass ein fester Kredit nicht flexibel sei. Er halte jedoch fest, dass man innerhalb des Kredits sehr wohl flexibel sei, um das Budget so oder so zu brauchen. Zudem glaube er, dass es besser sei, wenn sie heute Abend nicht zu hören bekämen, was an der Initiative schlecht sei, sondern, dass die damaligen Sparmassnahmen einfach nicht gut gewesen seien.

Er sei nun auf die Beratung im Rat gespannt und gehe davon aus, dass die Volksinitiative mehrheitlich abgelehnt werde. Nichtsdestotrotz hoffe er jedoch, dass sich der Gemeinderat für eine qualitativ hochstehende Schule bekenne. Er sei guten Mutes.

Christina Zurfluh Fraefel, Präsidentin der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, SVP, führt aus, dass die EVP Wädenswil am 4. Dezember 2017 die Volksinitiative mit dem Namen „Für unsere Kinder – Stopp dem Bildungsabbau“ mit 651 gültigen Unterschriften eingereicht habe. Gefordert werde:

1. „Für die Schulsozialarbeit, die Begabtenförderung und die Aufgabenhilfe sowie für Freifächer in der Primarschule (Kindergarten, Unter- und Mittelstufe) wird ein jährlich wiederkehrender Kredit von CHF 1'800'000.- bewilligt.
2. Der Gemeinderat ist befugt, diesen Kredit zu erhöhen, wenn dies für die Erhaltung einer guten Primarschule notwendig ist.

3. Der Kredit basiert auf 1'640 Schülerinnen und Schülern und dem Landesindex der Konsumentenpreise, Stand November 2016. Der Kredit erhöht sich proportional zum Wachstum der Schülerzahlen am Anfang des Schuljahres (massgeblich sind 10er-Schritte) und des Indexstandes im November.“

Soweit zum Initiativtext. Ein Rückgang der Schülerzahlen mit entsprechenden Kürzungen werde in der Initiative nicht erwähnt, Stichwort „demographische Entwicklung der Bevölkerung in den nächsten 30 Jahren.“ Dies sei ausgeblendet worden.

Hintergrund der Initiative sei die Budgetkürzung von CHF 400'000.- in den Bereichen Schulsozialarbeit, Begabungsförderung, Aufgabenhilfe und Freifächer im Dezember 2016 gewesen. Umgesetzt, also gestrichen, seien schlussendlich nur CHF 200'000.- worden. Bei der Schulsozialarbeit sei gar nichts gekürzt worden und das Ganze bei einem Budget von total rund CHF 30.0 Mio., dem grössten Kostenblock der Stadt Wädenswil. Sie sprächen also von nicht einmal einem Prozent, wo die Schule zum allgemein verordneten Sparen beitragen habe müssen und das vor dem Hintergrund der Tatsache, dass über 95% der Ausgaben gebunden seien, also gesetzlich vorgegebene Leistungen, die nicht angetastet würden. Da von substantziellen Kürzungen oder gar Sparwut zu sprechen, wie das die Initianten machen würden, grenze an masslose Übertreibung, um nicht zu sagen, es sei eine freche Unterstellung. Traurig sei es überhaupt nicht.

Weiter sei es so, dass in der Zwischenzeit beispielsweise die Ausgaben für den Schwimmunterricht um fast CHF 30'000.- und für die Aufgabenhilfe um denselben Betrag erhöht worden seien. Auch solche Veränderungen würden zeigen, wie dynamisch das Umfeld der Schule sei. Die Schule müsse mit der ständigen Entwicklung Schritt halten und sich anpassen können. Sie wolle da als Beispiel die Hardware, also die Computerbeschaffung erwähnen, bei der der Gemeinderat im Februar 2018 total CHF 1.3 Mio., verteilt über vier Jahre, bewilligt habe. CHF 1.3 Mio. für die Wädenswiler Kinder.

Die Begabungsförderung, die gestrichen worden sei, werde in den wenigsten Primarschulen angeboten. Die Wädenswiler Primarschule liege betreffend Angebot in allen Bereichen entweder im guten Durchschnitt oder sogar darüber. Die Qualität stimme also.

Die Ausgaben pro Kind hätten sich im besagten Jahr 2016 von CHF 15'251.- auf CHF 15'452.- pro Kind und Jahr im Folgejahr erhöht. Ein Preis pro Kind, der sich durchaus mit Privatschulen vergleichen lasse. Also auch hier seien sie alles andere als geizig. Weiter werde immer wieder in die Infrastruktur investiert, zum Beispiel bei den Schulanlagen Glärnisch, Steinacher und Ort. Auch das zeige, dass zur Primarschule Wädenswil sehr wohl Sorge getragen werde. Auch die Schule habe sich in der Zwischenzeit mit dem Abbau von den CHF 200'000.- arrangiert.

Wie der Stadtrat und auch die Schulpflege lehne auch die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission die Initiative ab. Für sie sei die Initiative längstens überholt und zudem nicht ganz einfach in der Umsetzung, Stichwort HRM2. Die Mehrheit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission glaube zudem nicht, dass die Volksinitiative die gewünschte Wirkung habe. Wädenswil sei stolz auf ihre Bildungsstadt und dazu gehöre auch das gute

oder sogar sehr gute Bildungsangebot in der Volksschule, das bereits bestehe.

Wädenswil, also Stadtrat und Gemeinderat, sei aber auch den Steuerzahlenden verpflichtet, haushälterisch mit den Stadtfinanzen umzugehen. Die Steuern würden schliesslich rund die Hälfte der Einnahmen ausmachen. Zudem seien sie auch dazu da, um sämtliche Ausgaben immer wieder zu hinterfragen, vor allem dann, wenn Spardruck herrsche. Auch das gehöre zu ihren Pflichten und auch darum seien sie gewählt worden. Der Gemeinderat habe also alles andere als versagt.

Aus diesen Gründen sage auch die SVP nein zu diesem Bären dienst an der Schule und lehne die Initiative ebenfalls ab.

Martin Schlatter, EVP, sagt, dass er sich zur Frage äussern wolle, warum im Bericht und Antrag der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission zur Weisung 1 kein Gegenvorschlag zur Volksinitiative „Stopp dem Bildungsabbau“ enthalten sei.

In Wädenswil, und er hoffe auch im Gemeinderat, seien sie sich bewusst, dass Bildung wichtig sei. Am 7. November 2018 habe Peter Altherr vom Volksschulamt ihnen den gesetzlichen Spielraum der Schule für die Gemeinde aufgezeigt. Dieser sei relativ klein. Der Kanton lege fast in allen Bereichen Rahmenbedingungen fest und regle die komplexe Ressourcenzuteilung für die Gemeinde. Der Kanton wechsele diese Regelung immer wieder, das könne zum Beispiel aus den Differenzbegründungen zur Rechnung 2018 herausgelesen werden. Für die Schule in Wädenswil sei es wegen des Kantons schwierig zu planen und zu budgetieren. Es sei für die Schule aber auch abgesehen vom Kanton schwierig zu planen und zu budgetieren, da immer wieder in gewissen Klassen Probleme auftauchen würden, bei denen sofort reagiert werden müsse. Hier könne nicht gewartet werden, bis der Gemeinderat ein neues Budget beschliesse. Noch schwieriger werde es für die Planung in der Schule, wenn der Gemeinderat das Budget plötzlich drastisch kürze.

Eines der Hauptprobleme in der Schule sei die Heterogenität. Die Volksinitiative bezwecke nicht eine Aufstockung, sondern die Beibehaltung von wichtigen Präventionsmassnahmen, um den Problemen der Heterogenität entgegenzuwirken und die Präventionsmassnahmen auch planbar zu machen. Früher seien Schülerinnen und Schüler mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen in Sonderklassen und Sonderschulen unterrichtet worden. Der Auftrag, in der Volksschule möglichst alle Kinder zu integrieren, erfordere Lösungen, die etwas kosten würden. Das Problem bestehe heute darin, dass beispielsweise der Kanton für die Integration nicht genügend sonderpädagogische Massnahmen ermögliche. Da zu wenig schulische Heilpädagoginnen und Heilpädagogen zur Verfügung stünden, müsse sich die Schule behelfsmässig mit Schulassistenzen begnügen. In der Primarschule stünden zu wenig Heilpädagoginnen und Heilpädagogen zur Verfügung wegen ungenügender Ressourcenzuteilung des Kantons und weil zu wenig ausgebildet würden. Es gehe vielfach um Notmassnahmen in der Regelklasse. Bei einem Besuch einer Schulkasse habe er hautnah erleben können, wie unentbehrlich diese Klassenassistenten seien, damit eine Lehrperson einen einigermaßen normalen Unterricht gewährleisten könne, ohne sich der Gefahr eines Burnouts auszusetzen.

Generell könne mit sonderpädagogischen Präventionsmassnahmen viel Geld gespart werden, wenn dabei verhindert werden könne, dass Schülerinnen und Schüler in externen, sehr teuren Sonderschulen unterrichtet werden müssten. Hier werde bald einmal von CHF 100'000.- oder mehr pro Kind gesprochen. Das beim Bildungsabbau eingesparte Geld könnte durchaus als Retourkutsche zu einer Verteuerung der Bildung führen.

Die Volksinitiative „Stopp dem Bildungsabbau“ sei nötig, um einem willkürlichen Bildungsabbau die Stirne zu bieten. Der Umfang müsste sogar erweitert werden, beispielsweise auch für die Beibehaltung der Klassenassistenzen, solange dies wegen ungenügender Unterstützung seitens Kanton nötig sei.

Wie Tobias Mani einräume, sei die Volksinitiative nicht perfekt. So sei zum Beispiel die Klassenassistenten nicht dabei, die eigentlich wichtig sei. Da die Stossrichtung der Initiative von den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten aus verschiedenen Fraktionen grundsätzlich unterstützt werde, sei an etlichen Sitzungen nach einem guten Gegenvorschlag gesucht worden. Einem Gegenvorschlag, der Planungsspielraum und noch mehr Flexibilität für die Bildung ermögliche.

Tobias Mani finde, dass die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission fast ein Jahr benötigt habe, um einen Bericht und Antrag auszuarbeiten, der nicht einmal einen Gegenvorschlag enthalte. Dazu dürfe er sagen, dass es einfach ein bisschen gedauert habe, weil ernsthaft Alternativen gesucht worden seien, die allenfalls sogar eine Mehrheit der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission dem Gemeinderat vorgeschlagen hätte werden können. Es stelle sich die Frage, weshalb es nicht gelungen sei, einen Gegenvorschlag zu präsentieren. Es töne zwar paradox, aber es liege vor allem am Kanton, der unter anderem für sonderpädagogische Massnahmen nicht genügend Ressourcen ermögliche, jedoch mit den komplexen kantonalen Regelungen und Einschränkungen einen guten Gegenvorschlag verhindere.

Judith Fürst, SP, teilt mit, dass durch das Sammeln der Unterschriften und das Einreichen der Initiative nach der heissen Budgetdebatte im 2016 die Bevölkerung sicherlich für das Thema Schule sensibilisiert worden sei. Das habe gut getan und sie glaube auch, dass sich die Leute im Umfeld der Primarschule auch endlich mal gehört gefühlt hätten. Lehrpersonen, Schulleitung, Schulsozialarbeiter, Heilpädagogen und die Schulpflege würden jedes Jahr nach Lösungen und Ideen suchen, um allen Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden und die Kinder möglichst nach ihren Möglichkeiten zu fördern. Das mit den immer knapper werdenden Ressourcen und dem immer grösseren Umfang an Aufgaben, die an die Schule herangetragen würden.

Es tue der SP darum umso mehr leid, dass die Initiative nicht unterstützt werden könne. Die Schule trage immer mehr von den Problemen der Gesellschaft und sei mit Themen konfrontiert, die es bis vor einigen Jahren noch nicht gegeben habe. Die Schule sei in einem stetigen Wandel und verändere sich momentan sehr schnell. Seit der Einreichung der Volksinitiative habe sich auch bereits wieder einiges verändert. Die Schulpflege und Schulleitung hätten auch gezeigt, wie gut sie mit ihren Ressourcen umgehen und sich flexibel zeigen könnten.

Sie würden momentan nicht beurteilen können, welche Schulangebote in welcher Form in ein paar Jahren notwendig sein würden und budgetiert werden müssten. Ein starrer Kredit enge die Schule ein und sei ihrer Meinung der falsche Weg, um sie und vor allem die Schulsozialarbeit zu stärken.

Die SP glaube, dass die Idee der Initianten die Primarschule mehr einschränke als es ihr helfe und die Schulpflege und Schulleitung in ihrer Arbeit eher bremsen. Vielleicht würden in einigen Jahren gewisse Angebote nicht mehr benötigt oder es kämen vom Kanton her ganz andere Auflagen auf die Schule zu. Dann hätten sie einen Budgetposten, der so vielleicht nicht mehr umsetzbar sei oder besser anders gebraucht würde. Die SP habe sich lange Zeit Gedanken gemacht und nach anderen Lösungen gesucht. Sie seien parteiübergreifend zusammengesessen und hätten an zahlreichen Sitzungen leider keinen Gegenvorschlag erarbeiten können, der vor allem der Schule etwas bringe und sie mit gutem Gewissen hätten einreichen können. Darum könne die SP die Initiative leider nicht unterstützen.

Rita Hug, Grüne, führt aus, dass die Grünen das Zitat „Stopp dem Bildungsabbau - Wir setzen uns ein für die Bildung unserer Kinder“ zu 100% unterstützen können.

Damit sie sich auch in Zukunft für eine gute Schulbildung einsetzen können, brauche es vor allem einen Gemeinderat, der nicht planlos Budgetkürzungen vornehme. Ein entsprechendes Zeichen, sicherlich auch aufgrund der Initiative der EVP, hätten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bereits bei den letzten Wahlen gesetzt.

Die Fraktion der Grünen habe sich intensiv mit dieser Weisung auseinandergesetzt. Sie habe mit einer Arbeitsgruppe diese Initiative diskutiert und versucht, einen stimmigen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Sie habe intensive Gespräche mit Schulleiterinnen und Schulleitern, Lehrerinnen und Lehrern, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern geführt. Nach vielen Stunden von Diskussionen und Abwägungen seien sie aber zusammen mit den Fachkräften zum Schluss gekommen, dass diese Initiative nicht mehr zeitgemäss sei und einen wirklich guten Gegenvorschlag hätten sie nicht zustande gebracht.

Diese Initiative sei den Grünen, aber auch den Fachkräften, mit denen sie gesprochen hätten, zu einengend und zu einseitig. Bildung sei ein fortlaufender Prozess, der sich in den nächsten Jahren immer schneller verändere. Wenn Bildungsbeiträge plafoniert und nur für einen gewissen Bereich eingesetzt würden, verunmögliche dies der Schule, flexibel auf wandelnde Bedürfnisse einzugehen. Diese hohen Beträge würden für einen Teilbereich gesprochen, der vielleicht schon in wenigen Jahren überholt sein könnte. Martin Schlatter habe auch selber erwähnt, dass heute die Förderung durch die Klassenassistenz enorm wichtig sei. Das sei eher etwas Neues, etwas top Aktuelles.

Sie hätten sich mit betroffenen Pädagoginnen und Pädagogen intensiv über diese Initiative ausgetauscht und das Echo sei einstimmig gewesen. Ein festgelegter Betrag schränke den Handlungsspielraum ein, Bedürfnisse würden sich rasch verändern und darauf müsse die Schule reagieren können. Die Schule in ein Korsett zu zwängen und vorzuschreiben, für welchen Bereich wie viel Geld ausgegeben werden solle, sei nicht zeitgemäss und bringe niemandem etwas.

Die Grünen wollen genug Ressourcen für die Schule und sie würden sich auch in Zukunft für eine gute Schule einsetzen. Ein Nein zu dieser Initiative sei kein Freipass für Budgetkürzungen im Schulbereich. Aber die Initiative der EVP sei zu einseitig und zu einengend. Deshalb würden die Grünen die Initiative ablehnen.

Sie würden sehr hoffen, dass die EVP diese Initiative nicht vors Volk bringe. Ein Abschmettern durch das Volk zu einem so wichtigen Thema wäre ein sehr schlechtes und falsches Zeichen für die Schule.

Cornelia Dätwyler, FDP, sagt, dass die FDP den Antrag des Stadtrats unterstütze, die Volksinitiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Eine Schule, die höchste Qualität in der Ausbildung der Kinder biete, sei der FDP wichtig und dafür setze sie sich auch ein. Alle Schülerinnen und Schüler sollen sich nach ihren Fähigkeiten entwickeln können und die Leistung solle gefördert und auch gefordert werden.

Dies sei die Kernaufgabe der Schule und darauf habe sie sich zu fokussieren. Damit dies geschehen könne, habe die Gemeinde der Schule eine sehr gute Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Die FDP habe Ausgaben in diesem Bereich denn auch stets unterstützt. Trotzdem müsse ein Auge darauf geworfen werden, dass übertriebenen Anforderungen und unverhältnismässigen Sonderwünschen nicht nachgegeben werde.

Es sei auch klar, dass durch die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler die Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Tätigkeit immer von neuem herausgefordert würden. Eine zweckmässige Unterstützung ihrer Lehrtätigkeit, beispielsweise durch eine Schulsozialarbeit, sei im heutigen Umfeld daher sicher auch nicht wegzudenken. Auch die FDP unterstütze eine angemessene Schulsozialarbeit, soweit deren Massnahmen zweckmässig seien und nicht sich selbst genügen würden.

Mit ihrer Volksinitiative wolle die EVP nun gewisse Ausgabenpositionen der Schule beziehungsweise deren Höhe so zementieren, wie die Partei sie im Jahr 2016/2017 als richtig betrachtet habe. Die EVP verkenne dabei, dass ein geeignetes Schulsystem nicht nur zu schaffen, sondern auch weiterzuentwickeln sei. Um à jour zu bleiben, müsse Bestehendes hinterfragt werden und es müsse, ganz wichtig, laufend auf seine Wirksamkeit und Notwendigkeit überprüft und entsprechend angepasst werden können. Nur ein flexibles System, das hinterfragt und geändert werden könne, garantiere eine zeitgemässe Ausbildung höchster Qualität. Zudem gehe es auch nicht an, dass die Rechnung der Gemeinde und damit auch der Steuerzahlenden mit Ausgaben belastet werde, die unnötig und unzweckmässig seien. Das gelte auch für die Angelegenheiten der Schule. Aus diesen Gründen lehne die FDP Wädenswil daher diese Initiative ab.

Lukas Wiederkehr, CVP, teilt mit, dass die Initiative ein wichtiges Thema anspreche, das auch die CVP mit dem Postulat vom Dezember 2016 betreffend Begabungsförderung und Schulsozialarbeit bereits angesprochen habe. Dazu seien auch Antworten geliefert worden. Die CVP habe grosses Verständnis für dieses Anliegen, wolle jedoch keine starre Lösung. Sie glaube nicht an die gewünschte Wirkung. Keine Flexibilität könne der Schule unter Umständen sogar zum Verhängnis werden bzw. in ihrer Entwicklung bremsen. Die CVP lehne

die Volksinitiative ab, da sie überholt und in dieser Form schlecht umsetzbar sei. Auch sie hätten sich viele Gedanken gemacht und hätten es sehr gerne gesehen, wenn ein guter Gegenvorschlag hätte realisiert werden können. Dies sei leider in mehreren Sitzungen gescheitert. Sie würden jedoch glauben, dass die Volksinitiative wirklich etwas bewirkt habe. Sie fänden jedoch auch, dass nun Grösse gezeigt werden müsse und die Volksinitiative zurückgezogen werde. So würden auch Gelder gespart und so könne man an der Urne nicht gross scheitern. Vielleicht komme das Geld ja wieder der Schule zu Gute.

Stadträtin Schule und Jugend Alexia Bischof führt aus, dass es sie seitens Stadtrat und Schule sehr freue, dass sich die EVP für das Wohl der Schule und der Bildung einsetze. Es stimme, dass die Kürzungen schmerzhaft gewesen seien und noch immer sind. Es sei an verschiedenen Stellen angesetzt worden und auch ein paar gute Lösungen seien gefunden worden.

Schulsozialarbeit

Diese sei durch den Gemeinderat gekürzt worden, doch aufgrund einer Weisung habe die Kürzung nicht durchgesetzt werden können.

Begabtenförderung

Da hätten sie 2017 am meisten Federn lassen müssen. Mit dem neu erarbeiteten Konzept würden im Vergleich nur noch die Hälfte der Schülerinnen und Schüler davon profitieren. Der Betrag von CHF 250'000.- sei am untersten Limit.

Aufgabenhilfe

Die Kostenkürzung der Aufgabenhilfe sei mit verschiedenen Massnahmen wie Anpassungen beim Lohn, der Dauer der Aufgabenhilfe und mit Elternbeiträgen umgesetzt worden. Der Gemeinderat habe im Folgejahr das Budget wieder erhöht. Die effektiven Kosten würden ziemlich stark variieren, das hänge davon ab, ob von der Aufgabenhilfe Gebrauch gemacht werde oder nicht.

Freifächer und Sportkurse

Weil das Budget gekürzt worden sei, seien die Angebote so angepasst worden, dass sie den kantonalen Vorgaben für Subventionen entsprächen. Zusammen mit den höheren Elternbeiträgen hätten sie es geschafft, dass diese Kurse nun kostenneutral seien.

Leider sei es für sie nicht die richtige Hilfe, wenn gewisse Teilbereiche einen fixen Budgetposten verpasst bekämen. Mit diesem Weg würden sie in ihren Möglichkeiten massiv eingeschränkt. Der stete Wandel der Bedürfnisse und ihre Handlungsspielräume wären nicht mehr vorhanden. Sie hätten für die vier Angebote den Auftrag, die geforderten CHF 1.8 Mio. auszugeben, dies ohne Wenn und Aber, dafür fehle es dann an einem anderen Ort.

Seit der Initiative habe sich aber bereits wieder viel geändert. Einerseits seien die Schülerzahlen auch aufgrund der Eingemeindung von Hütten und Schönenberg in Bewegung, andererseits würden sich die pädagogischen Schulthemen ständig weiterentwickeln wie zum Beispiel der Lehrplan 21. Auch die Aufgabenhilfe werde im Moment heftig diskutiert, es könne sogar sein, dass die Hausaufgaben irgendwann abgeschafft würden. Trotzdem hätten sie dann einen fixen Betrag für diese Hilfen, das mache doch wirklich keinen Sinn.

Für die Bildung würden sie Finanzen brauchen, das sei klar, Sie bitte aber im Namen aller Mitarbeitenden der Schule, dass sie wohlgesinnte Partner gegenüber hätten, die mit ihnen das in Bewegung bleibende Schiff „Schule“ durch ruhige Gewässer und stürmische Zeiten begleite. Es dürfe auf keinen Fall geschehen, dass mit der Initiative ein Eigengoal produziert werde.

Gabi Bachmann, EVP, sagt, dass am Anfang der Geschichte die Enttäuschung gestanden habe, und zwar in allererster Linie über sich selbst. Dass sie als Vertreterin einer Mitte-Partei es in jener berühmten Budgetabstimmung 2016 nicht geschafft habe, für den Kompromissantrag zu stimmen. Das habe sie beschäftigt und sie habe Verständnis für bissige Leserbriefe und genervte Lehrpersonen gehabt. Enttäuscht sei sie aber natürlich auch über den krassen Kürzungsantrag an sich gewesen. Dass eine ganze Abteilung, die sich im Vorfeld sehr bemüht und die ihr ursprüngliches Budget bereits selber um CHF 100'000.- gekürzt habe, so überfallsmässig vor den Kopf gestossen werde, habe nichts mit konstruktiver Politik zu tun.

Im Laufe der Monate danach habe sich dann aber zunehmend Erleichterung in die Enttäuschung gemischt. Erleichterung darüber, dass die Demokratie in Wädenswil funktioniere, dass sich die Bevölkerung nicht der Wut oder Resignation hingebe, sondern von ihren demokratischen Rechten Gebrauch mache. Mit der Volksinitiative gebe sie dem Rat deutlich zu verstehen, dass diese Art von Politik nicht geschätzt werde. Sie sei auch erleichtert gewesen, als sie gemerkt habe, dass ein Teil der beschlossenen Kürzungen gesetzlich so nicht umsetzbar seien. Sie sei erleichtert gewesen, dass die Schule den Kopf nicht in den Sand gesteckt habe, sondern sich an zahlreichen informativen Veranstaltungen sehr gut präsentiert habe. Sie wisse nicht, ob es eine andere Stadt im Kanton gebe, in der die Gemeinderäte so gut über die Schulsozialarbeit informiert seien, wie das in Wädenswil jetzt der Fall sei. Übrigens sei sie auch erleichtert, dass diese Geschichte dazu geführt habe, dass das Abstimmungsverfahren angepasst worden sei für den Fall, wenn wieder gleichwertige Anträge vorlägen.

So freue sie sich heute, dass sie hier sässen und darüber diskutiert werde. Dies sei wichtig. Jetzt sei sie zufrieden, auch wenn der Rat die Initiative nicht unterstütze. Sie hoffe, dass sich alle in Zukunft vor solchen unqualifizierten und deplatzierten Anträgen hüten würden. Das sei wirklich ihre Hoffnung und sie sei guten Mutes, dass der Stellenwert der Schule besser verstanden werde. Den Personen vom Initiativkomitee und allen, die unterschrieben hätten, wolle sie sagen, dass es gut sei, dass sie aktiv geworden seien, es habe sich gelohnt.

Pierre Rappazzo, GLP, teilt mit, dass diese Initiative auf die Diskussion im 2016 über das Budget 2017 zurückgehe. Damals habe der Gemeinderat das Budget für die Primarschule gekürzt. Dieses Budget sei damals von SP und GLP abgelehnt, hingegen von allen anderen Parteien, so auch von der EVP, angenommen worden. Es sei darum schon etwas seltsam, wenn zuerst ein Budget aus politischem Kalkül angenommen und danach postwendend eine Initiative gestartet werde, die dieses Budget wieder in Frage stelle. Weiter werde im Initiativtext der falsche Eindruck erweckt, dass bei der Begabtenförderung und bei der Schulsozialarbeit gekürzt worden sei. Das sei falsch. Der Gemeinderat habe diese Kompetenz gar

nicht. Der Gemeinderat habe das Konto „Besoldungen Lehrkräfte“ um CHF 400'000.- gekürzt. Darum sei es nicht ganz korrekt, wenn gesagt werde, dass aufgrund gesetzlicher Möglichkeiten die Schulsozialarbeit gekürzt worden sei. Wer anderes behauptete, sei schlecht informiert. Solche Behauptungen in einen Initiativtext zu schreiben, falle für ihn unter den Begriff „alternative Fakten“. Diese Initiative sei darum eine populistische Aktion, um sich als Retter der Schule aufzuspielen.

Er verstehe aber auch das Votum von Gabi Bachmann. Bei der Budgetdiskussion sei es tatsächlich stürmisch zu und her gegangen. Es habe unterschiedliche Ansichten gegeben, wie die Schule geführt werden solle, die sich ich dann entladen hätten. Auch er habe zu diesen gehört, die gesagt hätten, das Budget solle gekürzt werden. Er habe jedoch immer auch gesagt, dass er das Budget ablehne, da er die Diskussion über die Schule führen wolle. Jetzt sei diese Diskussion geführt worden, zwar nicht so, wie er sich das damals vorgestellt habe, aber es sei sehr intensiv über die Schule gesprochen worden. Wichtig sei darum, dass alle Parteien das Konzept der Schule immer wieder diskutieren und die Dogmen der Bildungsindustrie hinterfragen würden.

So habe die GLP bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass die praktizierte integrierte Schule nicht funktioniere. Sie sei nicht gegen die integrierte Schule. Er könne ein Beispiel machen. Seine Tochter gehe seit sechs Jahren zusammen mit einem Autisten in die Schule. Das sei eine gute Erfahrung und diese wolle er nicht missen. Aber er habe etwas dagegen, wenn ein Einzelner, schwer Erziehbarer von den Eltern an die Schule ausgelagert werde, die ganze Klasse störe und die Lehrpersonen nichts dagegen unternehmen können. Die GLP wünsche sich weiter eine frühere Selektion aufgrund der Schulleistung und die Verbesserung der IT-Ausbildung. Diese sei sehr rückständig. Da hätten sie eine andere Meinung als die Präsidentin der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission. Er habe nochmals ein Beispiel aus seiner Zeit in Amerika vor zwei Jahren. Seine Kinder hätten in der 2. und 4. Klasse der öffentlichen Schule bereits einen eigenen Laptop erhalten. Alle Programme seien webbasiert gewesen. Sie als Eltern hätten online mitschauen und sich informieren können. In Wädenswil hätten noch immer nicht alle Schülerinnen und Schüler der Mittelstufe einen Laptop. Webbasiert sei zudem ein Fremdwort. Stattdessen gebe es über 30 Spezialprogramme, ein administrativer Moloch, der sehr viel Geld koste.

Er frage sich, warum für jede Turnstunde eine eigene Turnhalle gebraucht werde. Es könnten genauso gut zwei von drei Turnstunden im Freien ausgeübt werden. Wenn dies jedoch nur einmalig geschehe, würden die Schülerinnen und Schüler eine halbe Stunde brauchen, bis sie angezogen seien. Er sei zuversichtlich, falls dies institutionalisiert werde, dass es dann besser klappe. Die Schule könnte Millionen sparen, ohne nur ein bisschen an Qualität zu verlieren. Das Gegenteil sei der Fall. Die Kinder würden sich wieder mehr in der Natur aufhalten. Das seien Ideen, die nicht eins zu eins umgesetzt werden könnten. Aber sie würden sich wünschen, dass ein bisschen über die Nasenspitze hinausgedacht werde. Bildung sei allen wichtig. Die Initiative sei jedoch abzulehnen und sie würden hoffen, dass diese zurückgezogen werde.

Tobias Mani bedankt sich für die spannende Diskussion. Man merke, dass der Gemeinderat sich intensiv damit auseinandergesetzt habe. Es sei wichtig und richtig, dass der Gemeinderat und die 1'000 Personen, die die Initiative unterschrieben hätten, die Meinung des

Gemeinderats hören und erfahren würden. Er frage sich, wie die SVP von einem verantwortungsvollen Entscheid reden könne. Es wäre alles andere als schön gewesen, wenn die Kürzungen bei der Schulsozialarbeit wirklich so umgesetzt worden wären. Sie vom Initiativkomitee seien relativ kinderreich unterwegs. Pro Initiantin bzw. Initiant hätten sie im Schnitt mehr als drei Kinder. Sie sähen es tagtäglich und immer wieder, wie wichtig die Schulsozialarbeit sei. Wenn es in der Klasse eine Mobbingsituation gebe, sei es wichtig, wenn die Schulsozialarbeit da sei und die Lehrperson unterstütze. Auch letztthin, als bei einem schweren Schicksalsschlag die Schulsozialarbeit anwesend gewesen sei und mitgeholfen habe, die Klasse aufzufangen.

Er danke auch allen, die sich intensiv mit einem Gegenvorschlag auseinandergesetzt hätten. Leider sei nichts Besseres herausgekommen, aber es seien viele Stunden investiert worden. Dafür seien sie dankbar. Weiter würden sie sich sehr über die vielen Bekenntnisse der verschiedenen Parteien für eine gute Schule freuen.

Urs Hauser, EVP, sagt, dass schon einige Pro- und Kontra-Argumente zur Bildungsinitiative genannt worden seien. Die Meinungen seien gemacht. Die Initiative werde heute in diesem Rat abgelehnt. Sie würden sich sicher fragen, warum deshalb nochmals ein Mitglied der EVP das Wort ergreifen müsse. Das sei ganz einfach. Auch wenn die Volksinitiative abgelehnt werde, sei die Debatte um die Finanzierung der Bildung noch nicht vorbei, sie dürfe nicht vorbei sein. Ihm sei bewusst, dass für die Schule und Jugend sehr viel Geld ausgegeben werde wie auch für Soziales. Beide Abteilungen würden sich um Menschen, ihre Lebenssituation jetzt und in Zukunft kümmern. Da sei viel Dynamik drin. Veränderung sei Alltag. Da sei die Wahrscheinlichkeit gross, dass Kosten entstünden. Wenn hier gespart werde, müssten sie sich ihrer Verantwortung für die Zukunft der betroffenen Menschen bewusst sein. Aber es gehe nicht nur um sie, es gehe um sie alle. Das sei die Sache mit den Soffacts. Bei der Bildung und im Sozialen habe es sehr viele Soffacts. Was gemeint werde zu sparen, falle irgendeinmal auf sie zurück, spätestens wenn auf Unterlassenes reagiert werden müsse.

Der Ansatz der Bildungsinitiative sei, ein solches Szenario zu verhindern. Wenn die Initiative abgelehnt werde, dann sollen sie dies im Bewusstsein machen, dass in den zukünftigen Budgetdebatten immer wieder aufs Neue wichtig sein werde, eine Bildungspolitik zu gestalten, die möglichst allen eine Basis für eine positive Zukunft biete.

Er wolle nicht, dass die Nachkommen im Rat so blockiert seien, wie sie es heute seien. Der Finanzentwicklungsplan 2019-2022 zeige überdeutlich, was die Folgen von Sparaktionen früherer Jahre seien. In den nächsten drei Jahren werde vorwiegend in Sanierungs- und Neubauprojekte der Schule investiert, die schon erledigt sein sollten. Es gebe Schulliegenschaften, bei denen es nicht einmal eine Empfehlung gebe. Es handle sich um die Liegenschaft Untermosen. Vor drei Tagen hätte die Gemeinderatssitzung nicht hier stattfinden können, da in der Mitte des Saals tonnenweise Töpfe aufgestellt werden mussten, die das Wasser auffangen mussten, das aus der Decke gekommen sei. Insofern wolle er der Präsidentin der Geschäfts- und Rechnungskommission sagen, dass es nicht ganz glaubwürdig sei, wenn sie sage, dass zu den Schulliegenschaften Sorge getragen werde. Er sei vor sieben Jahren in dieses Schulhaus gekommen. Bereits damals sei die Rede davon gewesen, dass

es dringend notwendig sei, diese Liegenschaft zu sanieren. Sie könnten jetzt selber entscheiden, was inzwischen passiert sei. Wenn für neue, innovative Projekte kein Platz vorhanden sei, habe dies Auswirkungen. In Zukunft müsse darauf geachtet werden, dass nicht an Orten gespart werde, wo es später bereut werde.

Er komme noch auf die Budgetsitzung vom Dezember 2016 zurück. Per Zufall sei er Gast in diesem Saal gewesen. Wenn gesagt werde, dass über die Zukunft der Schule diskutiert werden müsse, sei er gleicher Meinung. Aber wie es an dieser Sitzung zu und her gegangen sei, so könne nicht diskutiert werden. Es habe sich um keine Diskussion gehandelt, sondern den Leuten sei vor den Kopf gestossen worden. Er hoffe, dass bei zukünftigen Budgetberatungen zusammen Lösungen gefunden werden könnten. Nach den verschiedenen Wortmeldungen von heute Abend glaube er auch, dass dies möglich sei.

Sandy Bossert, SVP, stellt fest, dass seit einer Stunde über die Weisung 1 diskutiert werde. Rita Hug habe es bereits angedeutet. Tobias Mani habe von links bis rechts keine Verbündete. Sie schlage vor, die Volksinitiative zurückzuziehen um Kosten zu sparen.

Christina Zurfluh Fraefel, SVP, teilt mit, dass sie Schulhäuser für die Ewigkeit, also Monumentalbauten, immer mehr in Frage stelle. Es seien Millionen investiert worden und sie würden noch weitere Millionen investieren. Von Pierre Rappazzo hätten sie bereits gehört, dass die Schule in Bewegung sei, nicht nur in den USA, sondern auch in der Schweiz, Stichwort E-Learning. Irgendeinmal laufe jeder mit einem Computer herum. Mit einem Handy kämen sie heute fast schon zur Welt.

In Wädenswil gebe es zwei Schulsysteme. Sie hätten die Primarschule (Kindergarten, Unterstufe und Mittelstufe) und die Oberstufenschule. Die Oberstufe sei eine eigene Schulgemeinde und diese habe - sie entschuldige den Ausdruck - Geld zum Versauen. Es gehe ihr wunderbar. Es gebe dort viel luftleeren Raum, dass jederzeit gestaunt werden könne. Die Primarschule müsse sich hingegen nach der Decke strecken. Dem Stimmbürger müsste das auch einmal gesagt werden. Sie sei überzeugt, dass von den knapp 1'000 Personen, die die Initiative unterschrieben hätten, wahrscheinlich nicht einmal die Hälfte wisse, dass es in Wädenswil zwei Schulsysteme gebe.

Urs Hauser, SVP, führt aus, dass er Erfragungen in Wädenswil, in der Au und in Horgen habe. Horgen habe eine, Wädenswil zwei Schulen. Wädenswil habe jedoch die bessere Kommunikation und Durchlässigkeit zwischen der Primar- und Oberstufe als Horgen, mit einer Schule. Einen Keil zwischen die beiden Schulen zu schlagen, finde er nicht ganz richtig.

Christina Zurfluh Fraefel, SVP, sagt, dass sie nicht von der Kommunikation, sondern von den unterschiedlichen monetären Voraussetzungen wie die unterschiedlich hohen Budgets von Primarschule und Oberstufenschule gesprochen habe.

Anträge der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission

Die grossmehrheitliche Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission beantragt:

1. Auf die Weisung 1 ist einzutreten.
2. Die am 4. Dezember 2017 eingereichte Volksinitiative „Für unsere Kinder – Stopp dem Bildungsabbau“ wird als gültig erklärt.
3. Die Volksinitiative wird ohne Gegenvorschlag abgelehnt.
4. Dieser Beschluss untersteht dem obligatorischen Referendum.

Schlussabstimmung (obligatorisches Referendum, mit Stimmzähler)

Der Rat stimmt der Weisung 1 mit 31:3 Stimmen zu und lehnt die Volksinitiative somit ohne Gegenvorschlag ab.

31.03.20

5. Postulat der SVP/BFPW-Fraktion, vom 16. Januar 2018, überwiesen am 19. März 2018, betreffend Vermittlung von Grundwerten durch die Eltern; Beantwortung

Stadträtin Schule und Jugend Alexia Bischof führt aus, dass die Schule schon viele Jahre am Thema sei, wie es bereits geschrieben worden sei. Die Vermittlung der Grundwerte durch die Eltern sei unter anderem Voraussetzung für einen gelungenen Unterricht. Die Primarschule setze sich genau für diese Grundwerte im Alltag ein. Mit der richtigen Unterstützung der Schulsozialarbeit, den regelmässig geführten Elternabenden und die Mitarbeit des Elternrats gelinge dies ganz gut. Ob es nütze, Bussen aussprechen, sei zweifelhaft. Sie würden es eher niederschwellig machen und würden probieren, alle Beteiligten ins Boot zu holen. So seien sie auch daran, eine Art Vermittlungsperson für Leute aus anderen Kulturen zu suchen. An einem Elternabend würden diese dann von ihren Landsleuten die Informationen und Erwartung der Schule in ihrer Sprache weitergeben. Sie seien überzeugt, dass die Sache so wirksamer sei und würden beantragen, das Postulat abzuschreiben.

Sandy Bossert, SVP, bedankt sich für die Beantwortung des Postulats, das seinerzeit Adrian Stocker als Sprecher eingereicht habe. Wie sie daraus hätten lesen können, habe die Schule bereits Anträge und Bussen ausstellen müssen, aber anhand des Schreibens hand habe es die Schule sehr restriktiv und vielleicht sei genau das das Problem. Ähnlich wie beim Littering werde selten bis nie konsequent durchgegriffen und das Verhalten geahndet. Sie sei sich sicher, dass mit einem konsequenten Durchgreifen die Lehrpersonen entlastet würden. Sei es nämlich so, was Hänchen nicht lerne, lerne Hans nicht mehr. Die Kinder könnten am Wenigsten dafür, wenn es ihnen nicht anders vorgelebt werde.

Der Vorschlag sei bereits einmal im Raum gestanden, sie wolle ihn hier nochmals wiederholen. Warum werde nicht allen Eltern, am besten bereits im Spital oder beim Kinderarzt ein Brief oder eine Broschüre abgegeben, der Inhalt müsste in mehreren Sprachen übersetzt sein, aus dem klar hervorgehe, dass der Respekt vor Lehrpersonen, Höflichkeit und Anstand im Schulsystem Grundvoraussetzungen seien. Beim Fussballclub gebe es auch so etwas

Ähnliches wie einen Vertrag, den die Eltern, der Junior und der Club miteinander abschliessen würden. Bei mehrmaligem Regelverstoss werde geahndet und sonst konsequent ausgeschlossen. Beim FC stünden Kinder aus unterschiedlichsten Kulturen auf dem Platz und auch die Schule sei multikulti. Darum sei sie überzeugt, dass für ein gutes und friedliches Zusammenleben die Grundregeln von Anstand, Höflichkeit und Respekt rigoros eingefordert werden müssen.

Das Postulat betreffend Vermittlung von Grundwerten durch die Eltern gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

16.12.60

6. Interpellation der EVP-Fraktion und der Fraktion der Grünen, vom 24. September 2018, überwiesen am 5. November 2018, betreffend IT-Sicherheit in der Stadt Wädenswil; Beantwortung

Stadtpräsident Philipp Kutter teilt mit, dass die Interpellation eine verständliche Reaktion, und auf einen sehr ärgerlichen Vorfall im letzten Sommer zurückzuführen sei. Während knapp drei Wochen hätten Lehrerinnen und Lehrer keinen Zugriff mehr auf einen Teil ihrer Arbeitsmaterialien gehabt, die auf dem Server gespeichert gewesen seien. Vor allem für die betroffenen Lehrpersonen sei das ein grosses Ärgernis gewesen, aber natürlich auch für die zuständigen der IT. Er bedaure es heute noch ausserordentlich, dass dieser Vorfall passiert sei und er verstehe den Unmut der Betroffenen. Er kenne es selber, wenn der Computer nicht funktioniere, bekomme er einen dicken Hals. Der Vorfall sei inzwischen aufgearbeitet worden. Zum Glück sei bis zum letzten Sommer ein solcher Vorfall noch nie vorgekommen. Sie könnten von Glück im Unglück sprechen, da die Daten zwar verschollen gewesen, aber nun wieder da seien. Das System, das natürlich auch seine Tücken habe, werde stetig weiterentwickelt.

So einen Vorfall, wie er im letzten Sommer passiert sei, könne heute nicht mehr passieren. Die IT habe weiter aufgerüstet und werde dies auch weiter tun. Es sei auch eine Arbeitsgruppe unter der Führung der Schulpflege eingeführt worden. Die Arbeitsgruppe überprüfe das gesamte System und die ganze Informatik der Primarschule grundlegend zusammen mit der städtischen Informatik und zusammen mit externer Unterstützung. Mit diesen Massnahmen passiere ein solcher Vorfall hoffentlich nie mehr.

Die Schulpflege habe den betroffenen Lehrerinnen und Lehrern einen halben Tag unterrichtsfrei als Kompensation zugesprochen. Dies sei ein kleiner Beitrag, da die Personen, die Daten verloren hätten, viel mehr haben aufarbeiten müssen. Der Stadtrat habe den Entscheid der Schulpflege zur Kenntnis genommen und finde ihn angemessen und gerechtfertigt.

Martin Schlatter, EVP, dankt Stadtpräsident Philipp Kutter für seine Äusserungen. Die EVP-Fraktion und die Fraktion der Grünen würden sich beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation bedanken.

Leider müssten sie erklären, dass sie nach dem Server- und Datenausfall in der Primarschule im letzten Sommer auch nach der zwar gründlichen und seriösen Beantwortung der Fragen durch den Stadtrat immer noch ein Unbehagen betreffend IT-Sicherheit in der Stadt Wädenswil hätten. Eigentlich hätten sie erwartet, dass zugegeben werde, dass auf Seiten IT ein Fehler passiert sei. Überall wo gearbeitet werde, würden Fehler passieren und ein Restrisiko in der IT-Sicherheit bestehe immer. Sie hätten zwar den Eindruck, dass der Stadtrat eingesehen habe, dass im Controlling der IT der Stadt Wädenswil Handlungsbedarf bestehe. Wie aus den Fehlern gelernt werde, gehe ihnen jedoch zu wenig weit und sie würden befürchten, dass zu schnell zur Tagesordnung übergegangen werde.

Es sei zu begrüßen, dass die IT der Stadt Wädenswil für den Grundschutz auf die Standards des deutschen Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zurückgreife. Diese guten Standards würden fast Hunderte von Regeln beinhalten, wo nur schon das Lesen und das einigermaßen Verstehen der komplexen Anforderungen der IT-Sicherheit viel Zeit erfordere. Da existiere zum Beispiel die Regel M6.22 „Sporadische Überprüfung auf Wiederherstellbarkeit von Datensicherung“. Diese Regel gehöre zum Grundschutz, der im Kanton Zürich auch für das niedrigste Sicherheitsniveau verlangt werde. Es sei grundsätzlich zu begrüßen, dass die IT Wädenswil seit dem Servervorfall die Wiederherstellbarkeit der gesicherten Daten einmal pro Quartal überprüfe, auch wenn dies nur stichprobenartig erfolge. Sie würden sich jedoch generell fragen, ob der IT-Abteilung neben der Unterstützung der vielen Kunden, dem Betrieb von zahlreichen Servern und dem Unterhalt von vielen Schnittstellen usw. genügend Ressourcen für die Sicherheit zur Verfügung stünden.

Sie würden zwar mit dem Stadtrat übereinstimmen, dass es schwierig sei, die IT von verschiedenen Gemeinden zu vergleichen. Trotzdem erstaune es, dass beispielsweise auf der Webseite der Stadt Uster erkennbar sei, dass dort die IT über sieben Stellen verfüge gegenüber vier Stellen in der IT von Wädenswil, die erst noch die Ressourcen für die Ausbildung von zwei Lernenden aufbringen müsse. Die Stadt Uster verfüge über die Stelle eines Informatik-Sicherheitsbeauftragten. Ein solcher wisse, wenn er am Morgen aufstehe, dass er sich während des Tages nur um die Informatiksicherheit kümmern müsse. Die IT verlange heute wegen der Komplexität eine Spezialisierung und aus Sicht der Wirtschaftlichkeit ein gewisses Volumen.

Leider habe ein grosser Teil der Lehrerschaft, der Schulleitungen und der Betreuung der Primarschule das Vertrauen in die IT-Wädenswil verloren. Auch unabhängig des Datenausfalls im letzten Sommer nehme zum Beispiel ein Teil der Lehrerinnen und Lehrer ihre Daten auf einem Stick mit, da sie sich nicht sicher seien, ob sie sich bei der Unterrichtsgestaltung auf die IT verlassen könne. Dies stelle nicht nur ein generelles Sicherheitsrisiko dar, sondern erfordere auch Mehraufwand der Lehrerschaft. Da sei es ein relativ kleiner Trost, dass die Lehrerschaft für den vier Wochen dauernden Datenausfall mit einem halben Tag Freizeit belohnt worden sei. Es befremde, dass die Kosten dazu der Primarschule und nicht der Abteilung Präsidiales belastet worden seien. Der Stadtrat erkläre, dass die Primarschulpflege, der anscheinend die Schuld für den Datenausfall zugeschoben werde, für die Kontrolle der IT-Sicherheit der Primarschule verantwortlich sei. Die eigentlichen Grundlagen dazu befänden sich jedoch erst in Erarbeitung.

Die EVP und die Grünen würden vom Stadtrat erwarten, dass er sich mit der Herausforderung der IT-Abteilung bezüglich genügend Ressourcen, Professionalität und Spezialisierung grundlegend auseinandersetze. Sie würden sich wünschen, dass die aufgrund des Vorfalls angepassten und verbesserten Papiere „IT-Sicherheitskonzept“ und „IT-Grundschutz“ der Primarschule rasch möglichst der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission zur Verfügung gestellt würden.

Die Interpellation betreffend IT-Sicherheit in der Stadt Wädenswil gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

28.03.15

7. Interpellation der CVP-Fraktion, vom 20. Juli 2018, überwiesen am 1. Oktober 2018, betreffend Unsichere Zukunft von Eisbahn und Seeplatz; Beantwortung

Stadtpräsident Philipp Kutter teilt mit, dass die Eisbahn beliebt sei, Klimawandel hin oder her. Viele Wädenswilerinnen und Wädenswiler würden auch hoffen, dass sie ihren Betrieb wieder aufnehmen.

Auch der Stadt sei die Eisbahn ein grosses Anliegen und der Stadtrat habe den Verein von Anfang an unterstützt. Er denke, das könne der schriftlichen Antwort entnommen werden. Er picke zwei drei Stichworte heraus. Die Stadt habe mit finanziellen Beiträgen mitgeholfen, dass die Eisbahn die Infrastruktur wie Banden, Eisbahnmaschine und Container anschaffen habe können. Die Stadt habe zinslose Darlehen und Investitionsbeiträge gewährt. Die Platzgebühren für den Seeplatz seien erlassen worden. Zudem habe es punktuell personelle Unterstützung gegeben. Aushilfen von Wädi rollt hätten beim Aufstellen und Mitarbeitende des Werkhofs bei den Bahnübergängen geholfen. Nicht zu vergessen seien die Wädenswiler Schulklassen, die auch mitverantwortlich für einen guten Teil des Umsatzes gewesen seien.

Im letzten Sommer habe der Stadtrat dem Verein Eisbahn gesagt, dass er ihn weiter unterstützen wolle. Zuerst müsse jedoch aufgezeigt werden, wie die Zukunft aussehe. Die Situation der Eisbahn sei anspruchsvoll gewesen, nicht nur finanziell, sondern auch personell. Es gebe Vakanzen im Vorstand. Es brauche einen neuen Präsidenten und Personen, die beim Aufstellen mitwirken würden. Die Eisbahn brauche nicht nur Geld, sondern auch neue Köpfe und vielleicht auch neue Ideen. Es sei schwierig, einen Betriebsbeitrag zu sprechen, ohne zu wissen, was in den anderen Bereichen passiere. So sei die Auflage entstanden, dass der Stadtrat ein Betriebskonzept sehen wolle. Das Parlament habe an der letzten Budgetsitzung dieses Anliegen aufgenommen und einen Beitrag zugesichert, der dem Verein zugesprochen werde, sofern ein stimmiges Betriebskonzept vorliege.

Es sei eine gemeinsame Arbeitsgruppe ins Leben gerufen worden. In dieser seien eine Delegation des Stadtrats und eine Delegation des Vorstands des Vereins Eisbahn vertreten. Sie würden versuchen, die Eisbahn wieder zurück auf den Seeplatz zu bringen. Aus seiner Sicht solle dies auch ein Moment sein, in dem weiter überlegt werden müsse. Vielleicht nicht nur, wie die Eisbahn wieder zurückgebracht werden könnte, sondern dass auch über alter-

native Modelle nachgedacht werde. In anderen Städten gebe es beispielsweise Gastronomiebetriebe, die eine Eisbahn betreiben würden. Solche Überlegungen seien auch einfließen zu lassen.

Die Stadt wolle mit dem Verein Eisbahn weiterfahren, aber gleichzeitig auch verschiedene Optionen prüfen und diese gegeneinander abwägen. Wenn von ihm erhofft worden sei, dass er heute sagen könne, dass die Eisbahn im nächsten Winter wieder stehe, könne er dies leider nicht zusichern. Er könne zusichern, dass daran gearbeitet werde, aber ob es gelingen werde, sei offen und liege nicht nur am Stadtrat.

Lukas Wiederkehr, CVP, bedankt sich für die Beantwortung der Fragen. Die Eisbahn liege den Wädenswilerinnen und Wädenswiler sehr am Herzen. Es sei viel darüber debattiert worden, auch an der letzten Budgetsitzung. Sie fänden es gut, was im letzten Dezember beschlossen worden sei und dass auch der Gemeinderat signalisiert habe, den Verein Eisbahn zu unterstützen. Trotzdem müsse ein Betriebskonzept vorgelegt werden, das überzeuge.

Ein weiterer Punkt der Interpellation seien die Auflagen der SBB gewesen. Der Zugang zum Seeplatz mache Sorgen. Entscheidend werde sein, ob es bei Grossveranstaltungen logistisch möglich und finanzierbar bleibe, den Seeplatz zu nutzen. Ihnen sei es wichtig, dass bei einem künftigen Um- bzw. Ausbau des Bahnhofs Wädenswil der Zugang zum Seeplatz optimiert und logistisch einfacher gemacht werde. Hier würden sie seitens der Stadt einen starken Auftritt erwarten.

Auf Nachfrage von **Gemeinderatspräsident André Zürcher** wird ein Antrag auf Diskussion gestellt.

Abstimmung über den Antrag zur Diskussion

Der Rat stimmt dem Antrag mit 19:15 Stimmen zu.

Die Diskussion ist eröffnet:

Roman Schafflützel, FDP, sagt, dass die Antwort auf diese Interpellation nicht viel Neues hervorgebracht habe, aber er sei sich sicher, mit dem hätten auch die Interpellanten gerechnet. Was sie aber eindrücklich gesehen hätten sei, dass die Stadt die Eisbahn oft und grosszügig mit finanziellen wie auch mit nicht finanziellen Mitteln unterstützt habe. Er verzichte darauf, alle Punkte zu wiederholen. Stadtpräsident Philipp Kutter habe sich bereits dazu geäußert.

Die FDP/GLP-Fraktion sei der Meinung, dass die grosszügige Unterstützung seitens Stadt in der öffentlichen Diskussion zu kurz gekommen sei. Dem Stadtrat könne sicherlich keine Untätigkeit vorgeworfen werden. Drei Vertreter des Stadtrats hätten aktiv und wiederholt mit dem Verein Eisbahn das Gespräch geführt, damit zusammen nach zukunftsfähigen Lösungen gesucht werden könne.

Anhand der gesammelten 2'570 Unterschriften für die Petition vom 11. Februar 2019 sähen sie, dass die Eisbahn Wädenswil bewege. Die FDP/GLP-Fraktion freue sich, dass sich so viele Wädenswilerinnen und Wädenswiler für ein aktives Wädenswil einsetzen würden. Sie

würden alle ermuntern, die die Petition unterschrieben hätten, Mitglied im Verein Eisbahn zu werden und sich für den Vorstand zu interessieren. So seien nämlich die meisten Probleme der Eisbahn lösbar.

Für die FDP/GLP-Fraktion sei ein gutes Betriebskonzept jedoch Voraussetzung für ein hoffentlich erfolgreiches Weiterbetreiben der Eisbahn. Sie würden bei Vorliegen dieses Konzepts eine Unterstützung seitens der Stadt, sofern es überhaupt in die Kompetenz des Gemeinderats falle, wohlwollend prüfen.

Die Interpellation betreffend Unsichere Zukunft von Eisbahn und Seeplatz gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

04.07

8. Interpellation von Pierre Rappazzo, GLP, vom 9. November 2018, überwiesen am 26. November 2018, betreffend Bewilligungspraxis Mobilfunkantenne Bin Rääbe; Beantwortung

Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser teilt mit, dass einige Gäste wegen diesem Thema heute hier seien. Er hoffe, dass die schriftliche Antwort auf die Interpellation bereits gelesen worden sei, da er nur noch auf einzelne Punkte eingehen werde. Der Stadtrat nehme die Fragen und das Anliegen bezüglich Mobilfunkantennen ernst, so hätten sie heute ein dreiviertelstündiges Referat der zuständigen Fachperson aus dem Kantonalen Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) erhalten. Der Stadtrat sei über die neusten Mobilfunktechnologien, die Strahlung etc. informiert worden. Dabei hätten sie sich überzeugen lassen, dass ihr Vorgehen betreffend Mobilfunkantennen, die sie in den letzten Jahren angewendet hätten, grundsätzlich korrekt und gesetzeskonform sei.

Weiter seien sie über neue Sachen informiert worden, von denen sie bzw. er bisher nichts gewusst habe. Das AWEL mache an verschiedenen Orten, unter anderen auch in Wädenswil, Langzeitmessungen. So beispielsweise in der Nähe der Credit Suisse, wo vier Mobilfunkantennen in der Nähe stünden. Die Messungen würden seit 2003 vorgenommen. In diesen 15 Jahren sei die Strahlenbelastung an diesem Standort minim angestiegen. Sie liege bei 0.7 Voltmeter. Der Anlagegrenzwert sei bei 5 Voltmeter. Auch auf Schulhäusern im ganzen Kanton würden Messungen vorgenommen. Diese Messungen seien noch ausgeprägter. Im 2004 seien sie bei 0.4 Voltmeter gewesen und seien dann zuerst etwas angestiegen und im 2012 wieder auf 0.3 Voltmeter gesunken. Heute liege der Messwert wieder bei 0.4 Voltmeter. Die allgemeine Aussage, dass die Strahlenbelastung immer ansteige, könne und müsse so wiederlegt werden. Weiter hätten sie heute gehört, dass die Belastung des Körpers durch ferne Quellen, also Antennen oder andere Funknetze relativ gering sei. Die grösste Belastung passiere durch das eigene Handy oder durch eigene Geräte. Sie betrage 96%. 4% der Strahlenbelastung stamme von körperfernen Quellen, beispielsweise von Antennen oder Anlagen. Ihm habe diese Zahl Eindruck gemacht. Ihm sei nicht bewusst gewesen, dass die Differenz so gross sei. Er komme nun noch zu ein paar einzelnen Antworten, die bereits schriftlich vorlägen.

Antwort 1

In Standortgebäuden von Mobilfunkantennen, wo die Strahlung prinzipiell von oben komme, seien die theoretisch berechneten Werte in der Regel deutlich höher als die wirklich gemessenen Werte. Es bestehe ein Unterschied zwischen den theoretisch ausgerechneten und gemessenen Werten. Dies komme daher, dass die dämpfende Wirkung des Betondachs oder egal aus was die Decke sei, rechnerisch unterschätzt und in Folge dessen die Strahlungswirkung nach unten rechnerisch überschätzt werde.

Antwort 13

Grundsätzlich habe ein Betreiber ein Anrecht auf eine Bewilligung für eine Mobilfunkantenne, sofern alle Grenzwerte und die üblichen Anforderungen eingehalten seien. Dies sei schon mehrfach in Entscheiden vom Baurekursgericht festgehalten worden. Der Stadtrat bzw. die Baukommission könne also sehr wohl eine Bewilligung verweigern, im Falle eines Rekurses, und dieser sei fast immer von Seiten der Antennenbetreiber zu erwarten, werde aber eine solche Verweigerung aufgehoben.

Antwort 15:

Zur Frage, wie viele Antennenstandorte sinnvoll seien, könne er sagen, dass die Hauptstrahlenbelastung in erster Linie durch das eigene Handy verursacht werde. Das heisse, je näher eine Antenne stehe, desto besser sei der Empfang und desto tiefer sei die Strahlenbelastung für den Nutzer des Handys. Das bedeute nichts anderes, als dass ein kleinzelliges Netz von Antennen mit vielen Basisstationen eine kleinere Strahlenbelastung für die Nutzenden und auch die Bevölkerung verursache. Es diene also insgesamt der Gesundheit.

Antwort 20/21

Die Antennen würden ferngesteuert betrieben. Der Bund bzw. die Fachstelle NIS hätten aber interne Qualitätssicherungssysteme installiert, die regelmässig externe Messungen ermöglichen und die Abweichungen vom bewilligten Betrieb aufzeigen könnten. Gemäss Auskunft des AWEL gebe es solche Abweichungen nur wenige pro Monat und Betreiber. Das heisse, das AWEL könne jederzeit solche Anlagen kontrollieren und gebe somit Gewähr und Garantie, dass die Betreiber ihre Anlagen fach- und sachgerecht betreiben würden.

Abschliessend wolle er informieren, dass der Stadtrat seine grundsätzliche Haltung zum Umgang mit Gesuchen für Mobilfunkantennen nicht ändere. Die Umsetzung des Dialogmodells mit den Mobilfunkbetreibern habe sich bewährt.

Er habe noch eine Bemerkung zur Interpellation selber. Mit der Beantwortung der 21 Fragen, die Pierre Rappazzo gestellt habe, sähen sie, dass der Stadtrat und insbesondere die zuständige Verwaltungsabteilung die Vorstösse aus dem Parlament ernst nähmen. Sie würden fast keinen Aufwand scheuen und auch nicht den Sinn und Zweck hinterfragen. Die Fragestellenden sollten sich aber auch bewusst sein, dass viel Aufwand hinter einer solchen Arbeit stecke.

Pierre Rappazzo, GLP, führt aus, dass er es bereits bei der Begründung gesagt habe und es gerne nochmals wiederhole. Er sei Anwohner des Standorts Bin Rääbe und habe sich deshalb mit der Materie Mobilfunkantenne näher auseinandergesetzt. In dieser Interpellation gehe es darum, die Bewilligungspraxis der Stadt Wädenswil genauer anzuschauen.

Er sei bis anhin auch der Meinung gewesen, dass es neue Mobilfunkantennen brauche. Mögliche aber eher unwahrscheinliche gesundheitliche Beeinträchtigungen seien tiefer zu gewichten, als das Interesse der Mehrheit nach mobilen Daten. Er sei jetzt nicht mehr dieser Meinung, sondern vertrete klar die Meinung, die Minderheit sei zu schützen, die Mehrheit gebe es so nicht und habe bessere Alternativen.

Sie als Vertreter der Wählerinnen und Wähler hätten bei diesem Thema für die eigenen Gebäude wie Schulhäuser, Wohnhäuser, Altersheime und Stadthaus eine Verantwortung. Es gehe explizit nicht um Baubewilligungen, sondern ganz konkret darum, ob sie als Eigentümer von Liegenschaften Mobilfunkanlagen auf den Liegenschaften bauen sollen oder nicht. Dazu müsse eine Güterabwägung gemacht werden. Zwischen einer behaupteten Beeinträchtigung der Gesundheit einer Minderheit gegenüber und dem vermeintlichen öffentlichen Interesse nach Daten über das Mobilfunknetz. Es gebe auf der einen Seite eine Minderheit mit gesundheitlichen Bedenken und auf der anderen Seite bestehe eine Datennachfrage.

Er komme damit zu den Antworten der Interpellation. Er danke dem Stadtrat für die pflichtbewusste Erledigung. Im Vorfeld habe er von einigen gehört, dass bei so vielen Fragen keine guten Antworten zu erwarten seien. Das sei nicht der Fall gewesen. Der Stadtrat bzw. die zuständige Abteilung habe dies sehr ernst genommen. Sie hätten sich sehr viel Mühe gegeben. Aber bei gewissen Fragen hätten sie etwas Mühe gehabt. So müsse beim Lesen der Antworten festgestellt werden, dass einiges nicht stimme und vor allem die am 3. November 2010 vom Stadtrat beschlossene Bewilligungspraxis zu Mobilfunkantennen nicht eingehalten werde.

Antwort 1

Den Bewohnerinnen und Bewohnern der Alterssiedlung Bin Rääbe sei gemäss Antwort erklärt worden: „Es ist von keiner sehr hohen Strahlenbelastung auszugehen.“ Gemäss Baubewilligung sei die Strahlenbelastung in der Alterssiedlung Bin Rääbe jedoch am höchsten von allen gemessenen Standorten. Zudem befänden sich die Alten bis zu 24 Stunden in dieser hohen Strahlung. Er sei der Meinung, dass die Bewohner der Alterssiedlung anders und ehrlicher informiert werden sollten. Die Strahlenbelastung sei übrigens in allen Gebäuden, auf denen Mobilfunkantennen stünden, sehr hoch. Die Spitzfindigkeit zwischen berechneter und gemessener Strahlenbelastung sei ein Abwägen von unterschiedlichen Zahlen. Die Strahlenbelastung in den Wohnhäusern mit Mobilfunkantennen sei grundsätzlich hoch, nicht nur in der Bin Rääbe. Der Stadtrat schreibe weiter, dass in der EU die Grenzwerte höher seien. Er frage SVP-Stadtrat Heini Hauser, ob die SVP Wädenswil autonom der EU beitreten wolle oder wie er diese Antwort verstehen dürfe. Er sei der Meinung, dass in Wädenswil Schweizer Recht gelte und es auch so bleiben solle. Zudem sei die Aussage falsch, dass in der EU die Grenzwerte höher seien. Es fehle an einer Quellenangabe zu dieser Aussage oder einfach eine Erklärung, welche Grenzwerte denn wo gelten würden. Er helfe etwas auf die Sprünge. Mit Google komme man ziemlich schnell auf halbwegs gute Antworten. Es sei auch in der EU von Land zu Land verschieden. Mehrheitlich werde im Ausland der Grenzwert im Freien über mehrere Antennen festgelegt. In der Schweiz werde im Innern des Gebäudes von einer Antenne gesprochen oder gemessen. So seien die Grenzwerte im Ausland tatsächlich 10 Mal höher als der Grenzwert in der Schweiz. Das dürfe jedoch nicht mit-

einander verglichen werden. Der Stadtrat vergleiche also Messungen im Freien von mehreren Antennen mit Messungen im Innern von einer Antenne. Logisch sei die Strahlung draussen viel höher.

Antwort 3

Der Stadtrat schreibe: „Die Versorgung mit Mobilfunksignalen ist ein wichtiges Bedürfnis der Bevölkerung. Die Stadt kommt im Rahmen ihrer Möglichkeiten diesem Bedürfnis nach, indem sie geeignete Standorte auf Anfrage zur Verfügung stellt.“ Er frage sich, wie der Stadtrat zum Schluss komme, dass die Versorgung am eigenen Wohnort mit Mobilfunksignalen ein wichtiges Bedürfnis der Bevölkerung sei. Es fehle auch hier jegliche Begründung oder Angabe auf entsprechende repräsentative Untersuchungen. Beim Sammeln der Unterschriften hätten sie ein ganz anderes Bild erhalten. 9 von 10 Wädenswilerinnen und Wädenswiler wollen keine Mobilfunkantenne vor ihrer Haustüre. Sie würden zwar, wie er auch, unterwegs das Mobilfunknetz nutzen, aber zu Hause gebe es bessere Alternativen. Das heisse, dass das bestehende Mobilfunknetz bei weitem genüge. Nur datenintensive Anwendungen vorwiegend mit Bewegbildern also TV, Sportübertragungen, Filme etc. würden viel Sendeleistung und somit einen Ausbau des Mobilfunknetzes benötigen. Alles andere funktioniere bestens und noch lange mit der jetzigen Infrastruktur. Das bestehende Mobilfunknetz genüge also völlig für die mobile Datennutzung der Wädenswiler Bevölkerung. Zu Hause gebe es die deutlich bessere Alternative WLAN, als Daten über das Mobilfon zu nutzen. Zudem könne das WLAN abgeschaltet werden, wenn es nicht gebraucht werde. Eine Person hier im Saal habe ihm geschrieben, dass die Diskussion über Mobilfunkstrahlung sie an die Diskussion über die Homöopathie erinnere. Ja, das habe etwas. Bei der Homöopathie wüssten sie heute, dass die Wirkung reine Placebo sein. Vielleicht sei es bei der Mobilfunkstrahlung auch so. Placebo habe aber eben auch eine Wirkung. Im Gegensatz zur Homöopathie, bei der die Einnahme freiwillig sei, werde die Mobilfunkstrahlung von der Mehrheit der Minderheit aufgezwungen. Ob die öffentliche Hand auch das noch mitmachen müsse, das sei hier die Frage, die beantwortet werden müsse. Dass eine Mehrheit einer Minderheit die Strahlung aufzwingen und diese deshalb gesundheitlichen Beschwerden habe, könne er nicht verantworten.

Gemeinderatspräsident Andre Zürrer informiert Pierre Rappazzo, dass ihm nur eine gewisse Zeit, also genau noch eine Minute, zur Verfügung stehe und dass er nicht zu allen 21 Fragen Stellung nehmen könne.

Pierre Rappazzo, GLP, sagt, dass er den Rest zuhanden des Protokolls abgeben werde. Gemäss den Antworten 11 und 12 werde der Standort einer Mobilfunkantenne auf einem privaten Gebäude, nämlich der Seestrasse 100, das sei das Hotel du Lac, durch ein öffentliches Gebäude ersetzt. Die Begründung dazu sei fadenscheinig und lasse eher vermuten, dass der private Hausbesitzer den Mobilfunkstandort gekündigt habe.

Gemeinderatspräsident Andre Zürrer erkundigt sich bei Pierre Rappazzo, ob er nun fertig sei.

Pierre Rappazzo, GLP, verneint dies. Zusammenfassend könne gesagt werden, dass die selbst auferlegten Grundsätze des Stadtrats aus dem Jahre 2010 im praktischen Einsatz nicht eingehalten würden. Es bestehe bei Gebäuden der Stadt Wädenswil ein erheblicher

Interessenskonflikt. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Alterssiedlung Bin Rääbe seien falsch informiert worden. Die vermeintliche Nachfrage der Öffentlichkeit nach Daten übers Mobilfunknetz könne nicht standhalten, da es bessere Alternativen gebe.

Neue Mobilfunkantennen würden nicht mehr auf Eigentumswohnungen oder Einfamilienhäusern, sondern auf Altersheimen, Genossenschaftswohnungen und Schulhäusern gebaut. Er bitte den Stadtrat darum, die Mobilfunkbewilligungspraxis offen zu legen und sich darüber Gedanken zu machen, ob es wirklich nötig sei, dass Mobilfunkantennen bei Personen auf Dächer gestellt würden, die keine Mobilfunkdaten benötigen.

Auf Nachfrage von **Gemeinderatspräsident André Zürrer** wird ein Antrag auf Diskussion gestellt.

Abstimmung über den Antrag zur Diskussion

Der Rat lehnt den Antrag mit 33:1 Stimme ab.

Die Interpellation betreffend Bewilligungspraxis Mobilfunkantenne Bin Rääbe gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit schlägt **Gemeinderatspräsident André Zürrer** vor, eine Doppelsitzung durchzuführen.

Abstimmung über eine Doppelsitzung

Der Rat lehnt eine Doppelsitzung grossmehrheitlich ab.

Gemeinderatspräsident André Zürrer informiert, dass nun die Einbürgerungen behandelt und die restlichen Traktanden auf die nächste Sitzung vertagt würden.

06.03.01

11. Einbürgerungen:

Gegen die von der Bürgerrechtskommission beantragten 22 Einbürgerungen gibt es keine Wortmeldungen und Gegenanträge. Somit wird ihnen unter Vorbehalt der Genehmigung durch Bund und Kanton das Wädenswiler Bürgerrecht erteilt.

Gemeinderatspräsident André Zürrer fügt hinzu, dass mit der Zustimmung durch den Gemeinderat alle heute Abend das Wädenswiler Bürgerrecht erworben hätten, unter Vorbehalt der Genehmigung durch Bund und Kanton. „Herzliche Gratulation an alle.“ Er bitte sie, dass sie doch von den neuen Rechten Gebrauch machen und sich am Wädenswiler Stadtleben beteiligen sollen. Der Stadtrat führe zwei Mal pro Jahr einen Neubürger- und Neuzuzügeranlass durch. Dazu seien sie herzlich eingeladen. Sie würden in absehbarer Zeit entsprechend Post erhalten. Die eingebürgerten Personen sollen nach der Sitzung noch kurz nach vorne an den Tisch kommen. Ihnen werde noch ein kleines Präsent überreicht.

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.

Gemeinderatspräsident André Zürrer informiert, dass die Mitglieder der Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission noch kurz da bleiben sollen und schliesst die Sitzung.

Ruth Schäfer, Ratssekretär-Stv.